

Der Gesellschaftler

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den wichtigsten Beilagen „Feierstunden“, „Unser Heimat“, „Die Woche vom Lager“.

Bezugspreise: Monatlich einschließlich Zustellung M. 1.00; Einzelnummer 20 Pfennig. Erscheint an jedem Werktag. Derzeitige Zeitung im Oberamtsbezirk - Schriftleitung, Druck und Verlag von O. W. Zoller (Jah. Karl Zoller) Nagold, Marktstraße 14



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 spaltige Tages-Zeile oder deren Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J., Reklamezeile 60 J., Sammel-Anzeigen 50%o Kauschlag - Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für Telefon, Kaufträge und Adressen werden keine besondere Abmachungen gemacht.

Legert-Adresse: Gesellschaftler Nagold. - In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. - Postk.Rto. Stuttgart 8123

Nr. 134

Gegeündet 1827

Freitag, den 12. Juni 1931

Fernsprecher Nr. 29

105. Jahrgang

Politische Wochenschau

Chequers als Plan und in Wirklichkeit / ... und sie brachte Entsetzen / Ein unsicheres Rechenexempel / Mahnende Ruhe der Industrie / Was nützt alle großartige Sozialpolitik, wenn ... / Ein schwarzer Tag für die deutsche Kunst

Seiten ist ein Communiqué über eine hochwichtige politische Zusammenkunft, wie die von Chequers, so dürftig und nichtfolgend ausgefallen, wie die Mitteilung, die der deutsche Außenminister Dr. Curtius nach der Rückkehr von dem Wochenende im Landhaus des britischen Ministerpräsidenten am Sonntagabend vor den deutschen Journalisten machte. Da hieß es u. a.: „Beiderseits herrschte Übereinstimmung darüber, daß neben den Maßregeln, die jedes einzelne Land für sich zu ergreifen hätte, die Wiederherstellung des Vertrauens und die wirtschaftliche Wiederbelebung von internationaler Zusammenarbeit abhängig seien. In diesem Sinne werden beide Regierungen sich bemühen, die gegenwärtige Krise in enger Zusammenarbeit mit den anderen beteiligten Regierungen zu bekämpfen.“

Wenig laut der Bericht, der englischerseits ausgegeben wurde. Außerdem erfahren wir, daß über die Wirtschaftskrise beider Länder, sowie über das Reparationsproblem eingehend verhandelt worden sei. Dagegen seien die beiden andern schwebenden Fragen über die deutsch-österreichische Zollunion und die Abklärung kaum gestreift worden. Im übrigen wird immer und immer wieder betont, daß unsere beiden Staatsmänner mit ausnehmender Freundlichkeit und Aufmerksamkeit von ihren britischen Gastgebern behandelt worden seien.

Wohr nicht? Ist das alles, was Brüning und Dr. Curtius von ihrer schönen Reise aus England mitbrachten? Viele haben viel erwartet. Wer aber das Wesen der britischen Politik einigermaßen kennt und wer besonders die französisch-englischen Beziehungen seit Versailles, wenn nur auch oberflächlich, verfolgt hat, lagte sich zum voraus, daß sich London niemals durch politische Zusagen binden lassen wird. Es konnte sich also nur um eine informatorische und freundschaftliche Fühlungnahme, um einen leisen Anfang oder bloßen Silberstreifen handeln, mehr aber nicht. Und so ist es auch gekommen. Worüber wir uns aber freuen dürfen, ist etwas anderes: nämlich, daß zum erstenmal deutsche Staatsmänner zu einem freundschaftlichen Besuch auf den Boden eines der gefährlichsten Feinde des Weltkriegs eingeladen wurden, ein Beweis dafür, daß die Zeit der ersten Kriegsstimmung immer mehr zu verschwinden beginnt.

Weniger erfreulich ist das Schriftstück, das der Reichskanzler unmittelbar vor seiner Abreise dem deutschen Volke, gewissermaßen aus dem Wagenfenster heraus, zugeworfen hat. Wir meinen die 34 Druckseiten große Notverordnung vom 5. Juni. „Es ist nicht übertrieben, wenn man den Gesamteindruck derselben auf die Deutschen als „Entsetzen“ bezeichnet.“ (D.M.Z.) Alle, aber auch alle Kreise und Parteien, selbst gewisse Zentrumsstreife nicht ausgeschlossen, kritisieren, protestieren, schimpfen und schreien: „Unmöglich! Untragbar! Sofortige Einberufung des Reichstags! Aufhebung der Notverordnung.“ Welche Augen wird Dr. Brüning gemacht haben, als er bei seiner Rückkehr die deutschen Zeitungen - in England hatte er wohl vor den vielen Besuchen und Empfängen kaum Zeit dazu - durchblätterte. Eine solche Einmütigkeit in der Ablehnung bei Freund und Feind hat wohl selten eine Regierungsmaßnahme seit der Geburt unserer Republik erlebt.

Gegen so ziemlich alles, was die Notverordnung enthält, erhebt sich, und zwar nicht bloß von Hugenberg und C. L. A. bestiger Widerspruch. Am lautesten - um nur eines herauszuheben - gegen ihren sozialpolitischen Teil, und zwar von der Partei, die bisher als stille Teilhaberin der Brüning'schen Regierung galt und auch sich so betätigte. Wir meinen die neuen Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung. Die Regierung geht von dem gewiß richtigen Grundgedanken aus: „Die Arbeitslosenversicherung muß sich selbst tragen.“ Und um dies zu ermöglichen, schlägt die Brauns-Kommission in ihrem vorigen Woche herausgegebenen dritten Gutachten vor: Erhöhung der regelmäßigen Beiträge (bis zu 21 Tagen), zeitweilige Senkung der Unterstützungsätze, Einschränkung der Unterstützung der Saisonarbeiter (Anwartschaft erst nach 30 Wochen, Höchstbezugsdauer 20 Wochen, Unterstützungsätze nach Maßgabe der Krisenunterstützung), Herausnahme der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung, Befreiung der Gemeinden von ihrem Anteil an der Krisenfürsorge usw. Diese Vorschläge bilden die Grundlage für die bezüglichen Bestimmungen der Notverordnung, deren Urheber übrigens von der Voraussetzung ausgehen, daß die Normalzahl für 1931 4,5 Millionen Arbeitslose betragen werde. Anders aber sah sie auf 6 und mehr Millionen. Somit kann die Regierung abermals, wie schon so oft, sich böse verrechnen. Was dann?

Daß es mit unserer Industrie schlecht, sehr schlecht steht, beweisen die Aussprachen und Entschlüsse der jüngst stattgefundenen Tagung des Langnam-Bereins (des „Bereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen“) in Düsseldorf. Nicht weniger als 1500 Führer und Vertreter der rheinisch-westfälischen Wirtschaft, dieser „Herz-Kammer der deutschen Wirtschaft“, Namen von gutem und bestem Klang, Männer, die ein warmes Herz für ihre Ar-

beitschaft haben, waren dort beisammen, Unternehmer wie Thullen und Reusch, Böglar und Silberberg. Beklagt wurde über Tributlast, Kapitalzerstörung, Lohnsteigerungen, Parteimeisen, Auslandskonkurrenz, Protektionismus, Arbeitszeitverlängerung, öffentliche Ausgabenwirtschaft usw. „Der deutsche Staat und das deutsche Volk sind tödlich erkrankt an der Seuche des Staatssozialismus.“ „Die westdeutsche Wirtschaft“, heißt es in der Entschlüsselung, „verlangt die Abschaffung der kapitalzerstörenden Gesetze und Verordnungen. Sie verlangt die Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit der privaten Wirtschaft und die Beschränkung der regulierenden Stellen auf wirtschaftliche und rein staatliche Hoheitsrechte.“

Es hat keinen Sinn, auch diesmal jene Kundgebungen mit dem Spottnamen von der „reaktionären Bande in Düsseldorf“ leicht hin abzuschütteln. Man lese nur in Dr. Schachts „Ende der Reparationen“ oder in der Januar-Kundgebung des Hansabundes und man wird dort dieselben Gedankengänge über „Wirtschaftsfreiheit“, „Kollektivverantwortlichkeit“ und „Selbsthilfe“ finden. Es ist Zeit, höchste Zeit, bei den gegenwärtigen geradezu erschütternden Zusammenbrucherscheinungen auf die Stimmen der Führer der Industrie zu hören. Denn was hilft alle noch so großartige Sozialpolitik, wenn die Wirtschaft keine Arbeit und kein Brot zu bieten vermag. Oder will man aus Deutschland ein einziges großes Versorgungsheim machen. Die Somajetunion, wo die Arbeiter es schlechter haben als unsere Arbeitslosen, zeigt uns das Ende einer Wirtschaft, in der die öffentliche Hand alles tut und dem einzelnen Menschen keine Freiheit mehr läßt.

Man wird sich einigen

Berlin, 11. Juni. In der Reichskanzlei begann am Donnerstag vormittag um 9.30 Uhr eine Ministerbesprechung, in der Brüning und Curtius Bericht über die Reise nach Chequers erstatteten. Vorgesehen ist eine eingehende Aussprache über die gesamte innen- und außenpolitische Lage. Irgendwelche Parteiführerbesprechungen mit dem Reichskanzler sind zurzeit noch nicht anberaumt. In parlamentarischen Kreisen rechnet man aber damit, daß Brüning noch im Lauf des Donnerstags Unterredungen mit einigen Parteien haben wird. Der Reichskanzler scheint immer noch die Hoffnung zu haben, durch einen Hinweis auf die in Chequers eingeleiteten diplomatischen Schritte die Parteiführer davon überzeugen zu können, daß eine Abänderung der Notverordnung nicht möglich ist und daß eine Einberufung des Reichstages nicht in Frage kommt. Nach der bisherigen Sachlage dürfte es allerdings sehr unwahrscheinlich sein, daß Brüning sich dem Verlangen nach Abänderung der Notverordnung entziehen kann. Die Frage ist nur, ob es dem Reichskanzler gelingt, den Reichstag, und zwar sowohl das Plenum wie den Reichstagsausschuß, bei diesen Verhandlungen auszuhalten und die Abänderung unter der Hand mit den Parteiführern zu vereinbaren.

Ein erster Erfolg in der vom Reichskanzler gewünschten Richtung ist bereits die gefällige Entschlüsselung des Kabinettsrates des Reichstages. Diese Stellungnahme des Kabinettsrates gibt schon einen Vorgeschmack davon, wie die hinter der Regierung Brüning stehenden Parteien stimmen werden.

Macdonald gegen Revision

London, 11. Juni. Auf Befragen äußerte sich Macdonald im Unterhause am Mittwoch über seine Besprechungen mit den deutschen Ministern, daß er hinsichtlich Ausmaß und Ziel dem am Sonntagabend nach Schluß des Chequersbesuches ausgegebenen Communiqué nichts hinzuzufügen könne. Die Besprechungen hätten, wie es immer beabsichtigt gewesen wäre, die Form eines allgemeinen Meinungs-austausches gehabt, und es seien keine weiteren Beschlüsse und Entschlüsse gefaßt worden als die, die in dem Communiqué erwähnt seien. Der deutsche Kanzler hätte ihn und Henderson zu einem Gegenbesuch nach Berlin eingeladen.

Die englische Regierung hätte die Einladung mit großem Vergnügen angenommen, doch sei ein bestimmtes Datum bisher noch nicht festgesetzt worden.

Er glaube nicht, daß unter den herrschenden Umständen eine Debatte über die gegenwärtige Lage hinsichtlich Reparationen und Kriegsschulden von Nutzen sein würde.

Der Abg. Wise bemerkte, daß das Unterhaus bisher noch keine Gelegenheit zu einer allgemeinen Erörterung der Reparationen und der Kriegsschulden gehabt habe und fragte, ob nicht eine so wichtige Angelegenheit im Parlament erörtert werden sollte. Der Ministerpräsident antwortete: „Ja, sobald die Zeit hierfür gekommen ist.“

Tagespiegel

Im Reichstag tritt heute nachmittag um 3 Uhr die Fraktion der Deutschen Volkspartei zusammen. Der Reichstag wird gegen Abend in einer Vollziehung eine Reihe kleinerer Vorlagen erledigen. Besprechungen mit Parteiführern und mit dem Reichskanzler waren in den Vormittagsstunden noch nicht angelehrt.

Bei der Eröffnung des Oldenburgischen Landtags wurde ein Nationalsozialist zum Landtagspräsidenten gewählt.

Polen hat in Berlin wegen des Stahlhelmaufmarsches in Breslau eine Protestnote überreichen lassen.

Der polnische Außenminister Jazelski hat einen mehrwöchigen Urlaub angetreten und sich zur Kur nach Karlsbad begeben.

Ueber die in dem gesunkenen englischen Unterseeboot eingeschlossene Besatzung wird berichtet, daß kaum noch Hoffnung vorhanden sei, sie lebend bergen zu können. Seit längerer Zeit erhalten die Taucher auf ihre Klopfzeichen keine Antwort mehr.

Noch sei eines großen, wirklich nationalen Unfalls in Teilnahme gedacht. In den Morgenstunden des 6. Juni ist der Münchner Glaspaßler restlos niedergebrannt. Mit den Meisterwerken älterer Kunst sind auch etwa 3000 Werte lebender oder jüngstverlorener Künstler Opfer der Flammen geworden. Ihr Verlust trifft die beteiligten Künstler oder deren Hinterbliebenen außerordentlich schwer. Der große Ausstellungsbau selbst, der seit Jahrzehnten die Kunst Münchens, Deutschlands und oft auch des Auslandes in seinen weiten Räumen zu wirkungsvollen Ausstellungen vereinigt hatte, ist vollkommen zerstört. Die bayerische Regierung und die Kunsterschaft bitten ganz Deutschland um Hilfe.

den. Die Sozialdemokraten beantragten Vertagung der Abstimmung über den Antrag mit der Begründung, daß die Sitzung ihrer Fraktion erst morgen stattfinden.

Neuer Leberbrückungskredit

Berlin, 11. Juni. Das Reich braucht sofort 250 Millionen Mark. Die Reichskassen sind leer. Die Einnahmen aus den Steuererhöhungen der neuen Notverordnung werden sehr geringfügig bleiben, vielleicht auch gar nicht. Nachdem nun alle neuen Anleiheversuche der Reichsregierung im Ausland gescheitert sind, bleibt nichts anderes übrig, als diese 250 Millionen im Inlande zu beschaffen. Es handelt sich wieder einmal um einen sogenannten „Leberbrückungskredit“.

Der „B. Z.“ zufolge haben inzwischen die Besprechungen der Banken zu einer grundsätzlichen Einigung geführt. Ein unter Führung der Reichsbank stehendes Konsortium wird Reichsbankanweisungen voraussichtlich im Betrage von 250 Millionen ausgeben.

Die von den Banken übernommen werden sollen. Zu dieser Maßnahme mußte man sich entschließen, da der offene Markt für die Placierung von Schatzanweisungen im Augenblick nicht aufnahmefähig ist.

Die „Times“ über den Englandheuch

London, 11. Juni. „Times“ schreibt in einem Leitartikel: Dr. Brüning und Dr. Curtius haben gestern England verlassen nach einem Besuch, der zweifellos ein großer, persönlicher Erfolg gewesen ist. Sie haben durch ihre Höflichkeit, ihren Takt und ihre Offenheit bei denen, die mit ihnen zusammenstießen, Eindruck gemacht, und aus ihren Abschiedsbotschaften geht hervor, daß sie die Herzlichkeit ihrer Aufnahme gewürdigt haben. Daß König George zum ersten Mal nach dem Kriege zwei deutsche Kabinettsminister empfing, ist ein erfreuliches Ereignis, das hoffentlich ebenso wie das zwanglose Wochenende in Chequers dazu beiträgt, das deutsche Volk davon zu überzeugen, daß die britische Regierung allen fremden Ländern gegenüber gleiche Freundschaft-



schickheit empfindet und nichts sehnlicher wünscht, als die Be-

Redakteur Kleinau an Stelle von 3 Wochen Gefängnis

weisen absolut unbegründet. Der Abg. Schön (Komm.) be-

Württemberg
Württembergischer Landtag
Dritte Lesung des Haushalts

Stuttgart, 11. Juni. Im Landtag wurde heute zunächst ein Nachtrag zum Haushaltsgesetz genehmigt und dann

Die Sozialdemokraten verlangen Einsetzung eines Un-

Aber die jetzige Reichsregierung sei gleich vielen anderen

Hg. Ströbel (WB) sprach der Stuttgarter Polizei für ihr musterhaftes Verhalten Anerkennung aus und übte

Stuttgart, 11. Juni. Dienstprüfung für kath. Volksschullehrer. Auf Grund des

Neueste Nachrichten

Ruf zur Sammlung

Berlin, 11. Juni. Gerichtsweise verläuft wieder von

Weiter erklärte der Staatspräsident, daß durch die vielen

Berleitung von Apothekeneinrichtungen. An Stelle der

ep. Das Sammelwerk des Gustav Adolf-Vereins. Vom

Beispielsnahme des N.S.-Kuriers. Von zuständiger Seite

Auch Ansammlungen sind verboten. Vor dem Verlag

Polaische Protestnote wegen Breslau

Berlin, 11. Juni. Die polnische Regierung hat

Richtig zubereitet (drei Minuten gekocht) schmeckt der Kathreiner

so gut, als ob er wunderwie teuer wäre!

Dabei kostet das ganze Pfundpaket nur 50 Pfg...

Strafanträge im Stahlhelm-Prozess

Berlin, 11. Juni. In dem Prozess gegen die Führer

Urteil im Prozess gegen die Stahlhelmführer. Das Schö-

„Ich... bin auch seitdem nicht mehr recht froh ge-

wenn die heutige Zeit auch schon anders denkt... zu be-

Kampf um Rosenberg

ROMAN AUS OBERSCHLESSEN

VON JOHANNES HOLLSTEIN /NACHDR. VERBOTTEN

(Fortsetzung 36)

Wulfried sagte nichts zu der Wahrnehmung.

„Halt du denn die Adresse?“

„Ja! Weißt du, der bankrotte Vorbesitzer, der Paddel,

„Klappt doch ganz famos! Da sah nur dein Briefchen

Nur eine den Tag, nie mehr!

Er hatte einen ausführlichen Brief von Wulfried erhalten,

Schon zum dritten Male überlas ihn der Kommerzien-

Sie sah verwirrt und unzufrieden aus.

Verwundert blickte der Kommerzienrat auf. „Tag,

„Ich weiß nicht, Papa! Er beteiligt sich heute wohl am

„Polospiel... du, ich habe in meinem Leben noch

„So!“ sagte Kamerling und sah Alida aufmerksam

„Zufrieden? Wie soll ich zufrieden sein!“ meinte Alida

„Er spielt etwas?“ fragte der Kommerzienrat ernst.

„Ich weiß es nicht genau, Papa, aber das weiß ich

Ganz ruhig Kamerling: „Mein Kind, das wußte ich

Sie starrte den Vater an.

„Und... das hast du mir nicht gesagt!“ rief sie vor-

„Nein!“ kam ganz ruhig die Antwort. „Ich habe mich

Du lächelst den Baron ein halbes Jahr! Wenn die Zeit

„Ich hätte ihn ganz gern, Papa!“

„Seine Schmiedeleien, seine Huldigungen klangen dir

... aber ich für Reinlichkeit, denn Mutter und ich haben

erkennt hat, daß seine Liebe zwischen euch ist, daß du irrend

Alida jubelte zusammen.

Dann sagte sie fest: „Ja, Papa! Es geht nicht mehr

Kamerling überlegte. Dann sagte er bestimmt: „Gut,

das soll geschehen, Aber... eine geschiedene Frau...

„Ich werde froher als vorher! entgegnete die junge

„Gut, Alida! Und wegen dem Verzeihen! Du... hier

„Inspektor, den Bruch, rausgetan! Der Teufelskerl! Weißt

„Ja, Papa!“

„Er hat, wie er schreibt, neulich nachts vier Polen

„Jede, Papa!“

„Fahre zu Wulfried! Du kannst dich dort richtig erho-

„Sie überlegte nicht lange. „Gern, Papa! Ich... habe

„Wulfried ist nicht nachträglich, Alida, ich werde mich

Kommerzienrat von Kamerling sah noch lange nach-

Er ließ die Vergangenheit vor sich vorbeiziehen. Dachte

Wie war das nur so plöglich gekommen?

Er hatte diesen Verghammer nie leiden können, aber

Seitdem... war seine Meinung über seinen Schwie-

Und gar jetzt, als ihm seine Tochter mitteilte, was er

Das Geschlecht der Verghammers?

Er sann nach und stellte in dem Augenblick fest, daß

er eigentlich gar nichts über sie wußte.

(Fortsetzung folgt.)

